

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Die Stunde der Wahrheit

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Die Stunde der Wahrheit, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 10, pp. 403-

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133339>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Stunde der Wahrheit

Wir hören täglich und jedermann spürt, daß mit dem Rücktritt des ersten Bundeskanzlers eine Epoche abgeschlossen ist. In zahlreichen Epilogen auf das „Ende einer Ära“ sind die Verdienste Dr. Adenauers gewürdigt worden. Wir brauchen ihnen darum keinen weiteren hinzuzufügen. Sein Nachfolger sieht sich jetzt einer rasch sich wandelnden politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wirklichkeit gegenüber, die mit den überkommenen gubernativen und administrativen Mitteln nicht mehr zu bewältigen ist, sieht man ab von den Schwierigkeiten, die sich aus der unter so völlig anderen Umständen geborenen Verfassung ergeben.

Prof. Erhards Aufgabe ist belastet durch schwerste Hypotheken. Nach einer flauen ersten Hälfte der jetzigen Legislaturperiode bleiben ihm nur noch zwei Jahre, über die jedoch schon der Schatten des Wahlkampfes fällt. Er sieht sich Atavismen gegenüber, deren Einfluß auf die Politik zu verhindern fast unmöglich erscheint, äußern sie sich doch gleich stark auch außerhalb unserer Grenzen.

Erschwert wird seine Amtszeit durch die Reihe von Skandalen, welche das Vertrauen des Bürgers in die Integrität der Obrigkeit zutiefst erschüttert haben. Gerade jetzt aber muß von dem einzelnen wie den Vertretern der gesellschaftlichen Gruppen ein besonders hohes Maß an politischem Gemeinsinn erwartet werden, der die Konfrontation mit harten Wahrheiten nicht scheut. Man mag dem zurückgetretenen Kanzler die ungewöhnlich lange innere Stabilität als Verdienst anrechnen, doch wurde sie wesentlich ermöglicht durch sein Geschick, den Bürger durch Gegeneinanderauspielen der verschiedensten Interessen auf den Weg der bloßen, unreflektierten wirtschaftlichen Aktivität zu lenken mit allen nachteiligen Folgen für die politische Sitte, ohne die doch jedes Wirken im Innern wie auf dem internationalen Felde unglaubwürdig wird.

Der alte politische Stil hat sich schließlich selbst ad absurdum geführt. Die „Stunde der Wahrheit“ hat offenbar geschlagen. Was nun gefordert wird, ist eine — wenn man so will — umfassende und in sich widerspruchsfreie „politique concertée“, die in aller Öffentlichkeit vorbereitet und durchgeführt werden muß. Wenn der neue Kanzler Erfolg haben will, darf er nicht zögern, im Innern eine Politik des „brinkmanship“ zu üben. Es mag sich als notwendig erweisen, nicht nur die Existenz der Koalition aufs Spiel zu setzen, sondern auch die Einheit seiner eigenen Partei. Die Fronten verlaufen ja heute quer durch die Parteien und gesellschaftlichen Gruppen.

Das folgende Gespräch beschäftigt sich ausschließlich mit den Folgerungen, die sich aus der neuen Situation für die Wirtschaftspolitik ergeben. Wenn hier von „Objektivierung der Wirtschaftspolitik“ gesprochen wird, ist natürlich nicht mehr gemeint als ihre „Entideologisierung“. Sie muß Ausdruck sein einer klaren politischen Entscheidung über die — wissenschaftlich nicht beweisbaren — Ziele und ihre Rangordnung. Über die Kompatibilität dieser Zielsetzungen, die in das Gesamt der Politik eingepaßt werden müssen, sollte dann ausschließlich der Sachverstand entscheiden.

(Su.)

**Vor einer neuen
Wirklichkeit**

**Hürden für den
neuen Kanzler**

**Gefälligkeits-
demokratie und
politische Moral**

**Widerspruchsfreie
„politique concertée“
notwendig**

**Mehr Sachverstand im
Dienste der Politik**

Alle in der Abteilung „Zeitgespräch“ veröffentlichten Beiträge sind freie Meinungsäußerungen von Persönlichkeiten aus Wirtschaft und Politik und von in- und ausländischen Mitarbeitern. Sie enthalten keine Stellungnahme der Redaktion und sind keine offiziellen Äußerungen der herausgebenden Institutionen.